Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

157 (9.7.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. VI. 3365.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 157 | **Dienstag, den 9. Juli 1935** | **107. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Durch einen Erlaß des Reichserziehungsministers wird die Aufnahme in die Studentenschaft nach dem Arierprinzip der NSDAP. geregelt.

*

Auf der Haupttagung der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" in Hamburg wurden zahlreiche Vorträge gehalten, zuletzt sprach Dr. Ley über die Aufgaben.

*

Eine neue Verordnung regelt die Werbung und Auswanderung von Facharbeitern ins Ausland.

*

Beim italienisch-abessinischen Schlichtungsausschuß im Haag sind ernste Schwierigkeiten eingetreten, so daß mit dem Abbruch der Verhandlungen gerechnet wird.

*

In London findet im Unterhaus am Donnerstag eine große politische Aussprache statt, bei der der neue Außenminister seine erste Rede halten wird. Im Vordergrund steht der Abessinien-Konflikt, der Englands Völkerbundspolitik stört.

*

Im englischen Unterhaus wurden am Montag wieder Anfragen zu Abessinien gestellt und vom Außenminister kurz beantwortet.

*

Bei einem Kraftwagenunfall an der bayerisch-thüringischen Grenze wurden zwei Personen getötet und sechs schwer verletzt.

Der Führer bei einer Kraftwagentransportübung in der Oberpfalz

Grafenwöhr (Oberpfalz), 8. Juli. Der Führer und Reichskanzler begab sich am 8. Juli nach Grafenwöhr wo er der vom kommandierenden General des 4. Armeekorps, Generalleutnant List, geleiteten Kraftwagentransportübung beiwohnte. Der Reichskriegsminister Generaloberst von Blomberg und der Oberbefehlshaber des Heeres, General der Artillerie Freiherr von Fritsch, nahmen ebenfalls an der Uebung teil.

Schiffsneubauten der Kriegsmarine

Berlin, 8. Juli. Zum Ausbau der Kriegsmarine auf den im Flottenabkommen mit England festgelegten Stand von 35 v. H. des englischen Deplacements sind folgende Neubauten auf Stapel gelegt oder werden im Laufe des Jahres 1935 auf Stapel gelegt werden:

1. Zwei Panzerschiffe von je 26 000 Tonnen Wasserverdrängung mit 28 Zentimeter-Geschützen.

2. Zwei Kreuzer von je 10 000 Tonnen Wasserverdrängung mit 20 Zentimeter-Geschützen.

3. 16 Zerstörer von je 1625 Tonnen mit 12,7 Zentimeter-Geschützen (Stapellegung 1934 und 1935).

4. a) 20 Unterseeboote zu je 250 Tonnen. Das erste dieser U-Boote ist am 29. Juni in Dienst gestellt. Zwei weitere sind zu Wasser.

b) Sechs U-Boote zu je 500 Tonnen.

c) Zwei U-Boote zu je 750 Tonnen.

Der Bau des ersten Flugzeugträgers, ebenso die Pläne der 1936 und in den folgenden Jahren nach dem Grundsatz der qualitativen Gleichberechtigung auf Stapel zu legenden weiteren Schlachtschiffe werden vorbereitet.

Neue Dienstränge in der HJ.

Berlin, 8. Juli. Der Reichsjugendführer hat, wie die Reichsjugendpressestelle meldet, die Einführung neuer Dienstränge für die HJ. und das Deutsche Jungvolk verfügt. Als neuer und unterster Dienstrang, also als Rang zwischen dem Hitler-Jungen und der Kameradschaftsführer wird bei der HJ. der Rottenführer eingeführt. Entsprechend erhält das Deutsche Jungvolk den neuen Rang des Hordenführers zwischen dem Jungvolk-Jungen und dem Jungenschaftsführer. Als Kennzeichen trägt der HJ.-Rottenführer eine silberne Litze auf beiden Schulterplatten der DJ.-Hordenführer einen silbernen Winkel auf dem linken Unterarm.

Eine Rede Reichsleiters Rosenberg auf dem Gautag Westfalen-Nord

Zurückweisung eines Schreibens des Bischofs von Münster

DNB. **Münster,** 8. Juli. Reichsleiter Alfred Rosenberg hielt am Sonnabend abend auf dem Gautag Westfalen-Nord in Münster eine große Rede, in der er sich u. a. mit unerfreulichen Einflüssen verschiedener katholisch-kirchlicher Stellen auseinandersetzte. Rosenberg ging davon aus, daß die geistigen Auseinandersetzungen, die heute sehr viele Staaten erfaßt haben, nicht ein Zufall, sondern das Zeichen einer Besinnung über den nicht nur politischen, sondern auch geistigen Zusammenbruch darstellen. Deutschland habe seinen tiefsten Sturz in der Bedrohung seiner gesamten seelischen Substanz durch den radikalen Marxismus und Bolschewismus erlebt. In dieser Schicksalsstunde, da instinktiv ganz Deutschland nach echten Seelsorgern Ausschau gehalten habe, meldete sich das Zentrum, das sich aber nicht etwa auf die Seite der um ihr Vaterland besorgten Deutschen gestellt, sondern ein von maßgebenden Kirchenführer gefürtes Bündnis mit dem landesverräterischen Marxismus abgeschlossen habe.

In weiteren Ausführungen beleuchtete Reichsleiter Rosenberg noch einmal die geschichtliche Situation von 1918 bis 1933, um dann an einem Beispiel darzustellen, wie anstatt dem Nationalsozialismus für die Errettung Deutschlands und somit auch aller katholischen Deutschen zu danken, die Zentrumsführer mit Hilfe der nach Auflösung der politischen Partei noch gebliebenen Organisationen unterirdisch, oft aber auch schon offen gegen den neuen Staat kämpfen. Reichsleiter Rosenberg verlas Stellen aus einem Brief, den der Bischof von Münster an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen gerichtet hatte. In diesem Brief erklärt Bischof Clemens August von Münster, die Ankündigung, daß Reichsleiter Rosenberg in Münster sprechen würde, habe „in der christlichen und besonders in der katholischen Bevölkerung" der Stadt Münster bereits „stärkstes Befremden" erregt und die Ausführung des Planes würde „unfehlbar eine lebhafte Beunruhigung" hervorrufen.

Wörtlich schreibt der Bischof von Münster: „Voraussichtlich wird eine Minorität verführter und verhetzter Anhänger des Neuheidentums sein (Rosenberg) Erscheinen begrüßen und zu christentumsfeindlichen Demonstrationen benutzen, ein Auftreten Rosenbergs würde von der christlichen Bevölkerung Münsters als eine „aufreizende Provokation" und als eine „Verhöhnung ihrer heiligsten und berechtigsten religiösen Ueberzeugung" empfunden werden und könnte zu verhängnisvollen Zusammenstößen führen". Zum Schluß ersucht der Bischof ein Auftreten Rosenbergs in Münster in absehbarer Zeit durch die Regierung zu verhindern und bittet in einer befristeten Zeit Mitteilung zu erhalten, ob diesem Antrag stattgegeben werde, da im Falle einer Ablehnung ernsthaft zu erwägen sei, ob der Bischof in einem Erlaß zur ruhigen Hinnahme dieser „Provokation" öffentlich auffordern müßte. Er schließt: „Ich bin freilich zweifelhaft, ob diese Maßnahme vollen Erfolg haben würde".

Reichsleiter Rosenberg erklärte nach der Verlesung dieser Stellen: Indem der Gau Westfalen-Nord mich zu seinem Gautag ersucht, eine Rede zu halten, ist es selbstverständlich, daß ich hier in einer parteiamtlichen Eigenschaft spreche und nicht als Privatperson, wie es vielleicht der Bischof Clemens August glaubte hinstellen zu können. Dieser, die gesamte Partei und den heutigen Staat herausfordernde Brief zeigt dabei, was man an gewissen Stellen unter sog. Religionsfreiheit versteht: nämlich die Unterdrückung aller Anschauungen, die nicht mit einem bestimmten Dogma zusammenfallen. Die Führer des Zentrums sind jahrzehntelang so daran gewöhnt gewesen in Deutschland zu herrschen und ihr eigenes Interesse auch gegen das allgemeine Deutsche durchzusetzen, daß sie noch nicht begriffen haben, heute in einer neuen Zeit zu leben, wo einmal auch das gesamte deutsche Volksinteresse über das einseitig konfessionelle und klassenmäßige gestellt wird. Ich weise dabei die Bezichtigung, als ob die Partei und eine sogen. „Minorität verführter und Verhetzter Anhänger des Neuheidentums" eine amtliche Veranstaltung der NSDAP. zu christentumfeindlichen Demonstrationen benutzen könnten, als eine durch nichts gerechtfertigte Herausforderung zurück. Der Nationalsozialismus der den Bolschewismus in Deutschland niederschlug zu einer Zeit, da die Kirche ihn nicht überwinden konnte, hat mehr für das Christentum getan als alle anderen Parteien in Deutschland zusammen! Eine christumsfeindliche Demonstration ist niemals seitens der nationalsozialistischen Partei zu verzeichnen gewesen. Die schlimmsten christentumsfeindlichen Demonstrationen, die man sich jedoch denken konnte, waren die Bündnisse der Zentrumsprälaten mit den atheistischen Marxistenführern.

Der Brief des Bischofs grenzt nahe an die Drohung, die ihm kirchlich unterstellten katholischen Deutschen zu Unruhen aufzureizen. Seine letzten Worte, daß eine Beruhigung seinerseits gegenüber der als Provokation bezeichneten Rede wohl kaum Erfolg haben würde, ist die typische Art, einer unmittelbaren gesetzlichen Feststellung der Drohung zur Aufpeitschung der Bevölkerung zu entgehen.

Man spricht viel von Kirchenverfolgungen im Auslande. Die Tatsache, daß von einem Bischof selbst derartige Briefe gegen einen Reichsleiter der Deutschland repräsentierenden Bewegung geschrieben werden können und keine Verhaftung eintritt, zeigt, wie tolerant der nationalsozialistische Staat einem Vertreter einer christlichen Konfession gegenübersteht.

Wir begreifen sehr wohl, daß ein revolutionärer Umbruch eine lange Zeit braucht, um von den alten Mächten verstanden und anerkannt zu werden. Nichtsdestoweniger ist es notwendig, daß aus den vielen Angriffen, die sich gewisse Stellen noch ungehindert dem neuen Deutschland gegenüber herausnehmen, einige dem deutschen Volk zur Beurteilung vorgelegt werden."

Reichsleiter Rosenberg ging dann über zu den Devisenvergehen katholischer Kreise und stellte fest, daß es geradezu beschämend sei, die Aussagen der Angeklagten zu verfolgen, aus denen hervorging, daß ihnen der Begriff Deutschland und deutsches Volk garnicht als Problem vor Augen gestanden habe. „Es wäre besser, der Bischof Clemens August von Münster hätte einen Hirtenbrief gegen die unmoralische Haltung der Beschuldigten erhoben, als sich in unqualifizierbarer Weise gegen die amtliche Kundgebung der NSDAP. zu wenden".

Reichsleiter Rosenberg befaßte sich dann mit Aeußerungen einiger von katholischer Seite geleiteten Emigrantenzeitungen und einzelner Auslandsorgane, die nicht etwa die Devisenschiebungen verurteilt, sondern die Gesetzgebung zum Schutz des deutschen Volkes als ungültig hingestellt hätten. „Diese Presseäußerungen sind derart furchtbar, weil sie an die Grundgesetze und die Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes überhaupt rühren und hier prinzipiell das gleiche Verbrechen eines Volksverrats für zulässig erklären wie einst die jüdisch-marxistischen Blätter der Novemberrepublik".

Rosenberg ging dann auf die Rassenkunde und auf die Sterilisationsfrage ein, die ebenfalls einen heftigen Kampf gegen die staatlichen Gesetze hervorgerufen hätten, in deren Zusammenhang eine sehr hohe Stelle der römischen Kirche sogar von einer heidnischen Weltanschauung gesprochen habe. Er stellte fest, daß die Gesetze aus der Not der Zeit heraus bedingt seien. Es sei für die Gegner des Sterilisationsgesetzes höchst bedenklich, sich auf eine Argumentation festzulegen, wonach die Förderung alles Kranken christlich und die Förderung alles Gesunden heidnisch sei. Wenn eine vernünftige Welt von früher gegen die hemmungslose Vermehrung der Erbkranken eingeschritten wäre, so wäre die Welt heute in unvorstellbarer Weise zum Segen aller ärmer an verbrecherischen Elementen.

Abschließend erklärte Reichsleiter Rosenberg, daß die heutige Zeit, wenn sie wirklich beanspruche, eine große genannt zu werden, die Pflicht habe, den Erfordernissen unseres Lebens ins Auge zu blicken. „Das ewig schöpferische Leben habe sich schon vielfach gegen überlebte Anschauungen und lebensfeindliche Mächte durchzusetzen vermocht, und die nationalsozialistische Revolution müsse das Recht des 20. Jhrhunderts beanspruchen, auch das Leben ihrer Zeit zu stärken und unbeirrbar ihren Gesetzen zu folgen, weil erst, wenn dem politischen Sieg der Sieg der Weltanschauung gefolgt sei, unsere Revolution sagen könne, daß sie wirklich gesiegt habe."

Neue Aufnahmebestimmungen für die Studentenschaft

Berlin, 8. Juli. Der Reichserziehungsminister hat folgende Aufnahmebestimmungen für die Reichsschaft der Studierenden an den deutschen Hoch- und Fachschulen erlassen:

Stück 1: Auf Grund des Reichsgesetzes über die Bildung von Studentenschaften an den wissenschaftlichen Hochschulen vom 22. April 1933 sind ausnahmslos nur diejenigen Studenten und Studentinnen an deutschen Hoch- und Fachschulen in die deutsche Studentenschaft, bzw. deutsche Fachschulschaft aufzunehmen, die ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum und arische Abstammung nach den Aufnahmebestimmungen der NSDAP. nachweisen.

Bis zum 1. Oktober 1936 genügt es, daß die Angaben auf dem Ahnennachweis bis zu den Großeltern einschließlich durch die Vorlage deren Geburts- (Tauf- und Trauurkunde) oder einen Ahnenpaß belegt werden. In Zweifelsfällen kann der urkundliche Nachweis bis zum Jahre 1800 gefordert werden.

Stück 2: Legt jemand, der die deutsche Reichsangehörigkeit nicht besitzt, aber teilweise von Volksdeutschen Ahnen abstammt, Wert auf die Zugehörigkeit zur Reichsschaft, so kann er aufgenommen werden, wenn der Nachweis bei den nichtdeutschen Ahnen hinsichtlich ihrer arischen Abstammung nach den Aufnahmebestimmungen der NSDAP. geführt wird.

*

Wie wir zu diesem Erlaß des Reichserziehungsministers erfahren, werden damit zum ersten Mal die Aufnahmebestimmungen der NSDAP auf Organisationen angewendet, die unter staatlicher Führung stehen. Der Erlaß bedeutet einen weiteren Schritt vorwärts bei der Durchführung des Arierprinzips.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Reichstagung der NSG. „Kraft durch Freude"

Hamburg, 8. Juli. Im Verlauf der Haupttagung sprachen zahlreiche Abteilungsleiter über die Arbeit der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude".

Mit stürmischem Jubel begrüßt, nahm darauf Dr. Ley das Wort. „Kraft durch Freude" ist das Werk des Führers, so erklärte er einleitend. Auf seinen Auftrag hin habe ich die NS.-Gemeinschaft ins Leben gerufen. Der Führer hat mir den Befehl gegeben, dafür zu sorgen, daß die Nerven des schaffenden Volkes gesund erhalten und gestärkt werden, und zu diesem Zweck wurde die NSG. ins Leben gerufen Kraft durch Freude, so hob Dr. Ley hervor, ist der verkörperte Nationalsozialismus. Dem Genuß, der die gemeinen Triebe befriedigt, steht bei uns gegenüber die Freude. Es handelt sich hier um zwei Welten, die einander ausschließen. Alle die glauben, daß dieses Leben lebenswert ist, und daß sie in diesem Leben eine heilige Mission zu erfüllen haben, sind Nationalsozialisten. Wir wissen genau, daß dieses Leben kein Paradies ist. Das Leben ist Kampf und Kampf ist Leben. Wir kennen keine Welt und keine Vorstellung, bei der die einen in ewiger Faulenzerei ihren Genüssen fröhnen und die anderen ewiger Verdammnis verfallen sein sollen. Wir kennen in der Ewigkeit den Kampf als den Ausdruck unseres Glaubens und unseres Lebens.

Dr. Ley ging sodann auf die Frage des Urlaubs ein. Wir verlangen den Urlaub nicht aus Mitleid, so erklärte er, wie wir überhaupt nichts aus Mitleid verlangen, sondern weil der schaffende Volksgenosse seine Kräfte behalten muß, was ja auch wieder dem Unternehmer zugute kommt. Wir werden in kürzester Zeit — die Gesetze sind bereits in Vorbereitung — dazu kommen, daß nicht allein der Urlaub geduldet, sondern daß er gefordert wird, und daß derjenige, der den Urlaub erhält, ihn auch unter allen Umständen antreten muß. Wir werden darüber hinaus den Urlaub organisieren und dafür sorgen, daß der Urlauber nicht während der Ferien in seinem Haus sitzen bleibt, sondern daß er hinaus geht, ins deutsche Land oder mit den deutschen Schiffen aufs Meer.

Dr. Ley dankte den verschiedenen Aemtern der NS.-Gemeinschaft für ihre Arbeit und die bereits erzielten großen Erfolge und wies darnach auf die große Zukunftsaufgabe der sportlichen Ertüchtigung der breitesten Massen unseres Volkes hin. Der Reichsorganisationsleiter betonte abschließend, daß die NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" ihre Schiffe nicht ins Ausland fahren lasse der Propaganda wegen, daß vielmehr dieses gewaltige Werk ganz von selbst das stetig wachsende Interesse des Auslandes finde. Man hat Weltanschauungen hinausgetragen durch Feuer und Schwert, durch Inquisition und Kreuzzüge, aber noch niemals war es da in der Geschichte der Völker, daß man eine Weltanschauung hinausgetragen hat durch die Freude, wie dies heute bei unserer NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" der Fall ist.

Immer wieder wurden die Ausführungen Dr. Leys mit lauten Zustimmungskundgebungen unterbrochen. Damit war die Haupttagung beendet.

*

Gemeinschaftstagung „Arbeit und Kunst"

DNB. **Hamburg**, 8. Juli. Im Rahmen der ersten Reichstagung der NSG. „Kraft durch Freude" in Hamburg fand am Montag nachmittag in der Musikhalle eine Gemeinschaftstagung „Arbeit und Kunst" statt.

Zu der Gemeinschaftstagung hatten sich die Leiter der NSG KdF, sowie der der DAF eingefunden.

Einleitend spielte das Leipziger Gewandhaus-Orchester die Leonoren-Ouvertüre von Beethoven.

Sodann ergriff der Reichsamtsleiter Pg. Dreßler-Andreß das Wort, der u. a. ausführte: Die NSG Kraft durch Freude haben die Vertreter und Führer des deutschen künstlerischen Lebens zu ihrer ersten Reichstagung geladen, weil sie die Notwendigkeit erkannt habe, die deutsche Künstlerschaft mit Auffassungen bekannt zu machen, die sich aus der besonderen Art der Aufgaben dieser Organisation ergeben. Der Nationalsozialismus solle die Kunst erneuern. Das gelinge jedoch nur, wenn mit einer künstlerischen Gestaltung begonnen wird, für die sich in gleicher Weise der Künstler und der deutsche Arbeiter aller Stände und Berufe begeistert. So, wie die politische Auferstehung vom Volke ausgegangen sei, so werde auch die kulturelle Auferstehung in gleicher Weise vom Volke ausgehen.

*

Dr. Ley spricht auf der Gemeinschaftstagung „Arbeit und Kunst"

DNB. **Hamburg**, 8. Juli. Nach Reichsamtsleiter Dreßler-Andreß ergriff Reichsorganisationsleiter Dr. Ley, von der Versammlung lebhaft begrüßt, das Wort zu einer großangelegten Rede in der er u. a. ausführte:

Bisher war die Kunst und ihr Genuß das Vorrecht einiger weniger Menschen in unserem Volke, Kunst genießen dürfen war gebunden an Geld, an Besitz. Wir wollen dafür sorgen und mit Hand anlegen, daß das anders wird, denn wir sind der Ueberzeugung, daß Arbeit und Kunst sich nicht ausschließen, sondern letztenendes ein und dasselbe sind. Arbeit und Kunst sind nichts anderes als die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit in unserem Volke. Arbeit und Kunst treffen sich beide in dem Begriff Kultur. Kultur ist die Gesamtsumme der geleisteten Arbeit eines Volkes im Laufe seiner Geschichte. Jeder Deutsche, der an der Urbarmachung unserer Wälder mitgeholfen hat, jeder Maurer, der an der Errichtung all unserer Dome und herrlichen Bauten mitgewirkt hat, sowie die unzähligen anderen Schaffenden im Volke, ihre Arbeit und ihre Kunst ist die Summe, die unsere Kultur ausmacht. Nur wer positive Arbeit leistet und sich nicht allein in zersetzender Kritik ergeht, ist ein Kulturträger in Deutschland. Und hier scheidet sich die Rasse von der Rasse, hier scheiden sich die Geister.

Dr. Ley sprach dann — wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen — über die kulturschöpferische Kraft der Rasse. Die gleichen seelischen Schwingungen, die in den Menschen eines Volkes vorhanden sind, bedingen auch die Verbindung von Volk und Kunst. Volk und Kunst sind untrennbar. Das Volk läßt sich auf die Dauer nicht von der Kunst und ebenso nicht der Künstler vom Volk trennen.

In diesem Zusammenhang setzte sich Dr. Ley auch mit dem Parasitentum des Juden in der Kunst und in der Arbeit auseinander.

Nachdem der Redner dann den Sinn der NSG Kraft durch Freude auch für den schaffenden Künstler unterstrichen hatte, kam er auf die Führerpersönlichkeit Adolf Hitlers zu sprechen und schloß, Der Künstler, der Arbeiter und der Politiker sind in der Person des Führers vereinigt, und so gestaltet sich in dieser Einheit die deutsche Seele zur Harmonie.

Starker langanhaltender Beifall dankte Reichsorganisationsleiter Dr. Ley.

Die Egmont-Ouvertüre von Beethoven beschloß die eindrucksvoll verlaufene Kundgebung.

Schutz gegen unerwünschte Abwanderung von Facharbeitern

Berlin, 8. Juli. Der Reichsarbeitsminister hat gemeinsam mit dem Reichsminister des Innern in einer Verordnung vom 28. Juni 1935 neue Vorschriften über die Vermittlung, Anwerbung und Verpflichtung von Arbeitnehmern nach dem Auslande erlassen. Die bisherigen Bestimmungen genügten unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr, um einer unerwünschten Abwanderung deutscher Facharbeitskräfte zum Nachteil der deutschen Wirtschaft wirksam zu begegnen. Künftig ist grundsätzlich jede Vermittlung, Anwerbung und Verpflichtung von Arbeitern und Angestellten nach dem Auslande. auch wenn sie durch Anzeige in Zeitungen, Zeitschriften usw. erfolgt, an eine besondere Genehmigung des Landesarbeitsamtes gebunden. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, dem die Durchführung der Verordnung obliegt, kann jedoch, soweit dies mit den Belangen der deutschen Wirtschaft vereinbar ist, Ausnahmen von dieser Regelung zulassen. Die Verordnung wird im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und tritt am 1. September 1935 in Kraft.

Urteil im Hamburger Kommunisten-Prozeß

Hamburg, 8. Juli. Der 3. Strafsenat des Preußischen Kammergerichts, der sich seit über 14 Tagen mit dem Feuerüberfall auf einen Fackelzug der Nationalsozialisten am Abend des 6. März 1933 befaßte, verkündete das Urteil: Die beiden Haupttäter, die Angeklagten Walter Reschke und Hinrich Geins werden zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Weitere 18 Angeklagte wurden zu Strafen verurteilt, die zwischen 18 Monaten und 15 Jahren Zuchthaus liegen.

Die Reichssteuereinnahmen im Rechnungsjahr 1934

Endgültige Aufkommensziffer 8222,8 Mill. RM.

DNB. **Berlin**, 8. Juli. Das Aufkommen an Reichssteuern im ganzen Rechnungsjahr 1934 beträgt 8222,8 Mill. RM. (i. V. 6846,2). Das sind gegenüber der Veröffentlichung, die vor einigen Wochen für die Zeit vom 1. 4. 1934 bis 31. 3. 1935 erfolgt ist, 5,7 Mill. RM. mehr, und zwar bei den Besitz- und Verkehrssteuern 0,5 Mill. RM. und bei den Zöllen und Verbrauchssteuern 5,2 Mill. RM. mehr.

Die Summe der Ausschüttungen an die Länder betrug im Rechnungsjahr 1934 2361,1 Mill. RM. gegen 1804,5 Mill. RM. im Vorjahr, d. h. 556,6 Mill. RM. mehr. Hierbei handelt es sich nicht allein um die nach dem Reichshaushaltsplan von den Steuereinnahmen abzusetzenden Beträge an Länderanteilen, sondern auch noch um diejenigen Beträge, die an die Länder nach der Reichshaushaltsrechnung als Haushaltsausgabe überwiesen worden sind, nämlich um die für das Rechnungsjahr 1933 im Rechnungsjahr 1934 ausgezahlten Ergänzungsanteile an der Einkommensteuer aus dem Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftssteuer mit 61,1 Mill. RM., die Anteile aus dem Aufkommen an Gesellschaftssteuer mit 0,4 Mill. RM., die Sonderentschädigungen aus der Biersteuer mit 45,8 Mill. RM. und die Ueberweisungen nach Art. VIII des Gesetzes zur Aenderung des Biersteuergesetzes (ein Sechstel des Aufkommens) mit 44,5 Mill. RM. In diesen Beträgen sind jedoch nicht enthalten die Ueberweisung an die Länder aus Anlaß der Einführung der landwirtschaftlichen Einheitssteuer mit 20 Mill. RM. im Rechnungsjahr 1933, ferner die in den Rechnungsjahren 1933 und 1934 gezahlten Ueberweisungen aus Anlaß der Senkung der landwirtschaftlichen Grundsteuer mit 50 (1933) und 100 (1934) Mill. RM. und aus Anlaß der Senkung der Grundsteuer für älteren Neuhausbesitz mit 16,7 (1933) und 33,3 (1934) Mill. RM. Rechnet man diese ebenfalls ausgeschütteten Beträge von insgesamt 86,7 Mill. RM. im Rechnungsjahr 1933 und 131,3 Mill. RM. im Rechnungsjahr 1934 zu den oben angegebenen Ausschüttungen hinzu, so ergibt sich, daß im Rechnungsjahr 1934 die Länder an Ausschüttungen insgesamt 556,6 plus (133,3 minus 86,7 gleich) 46,6 gleich 603,2 Mill. RM. mehr erhalten haben als im Rechnungsjahr 1933. Gegenüber dem Haushaltsansatz für das Rechnungsjahr 1934 haben die Länder im Rechnungsjahre 1934 als Anteile und Ueberweisungen mehr erhalten (2361,1 minus 1926,5 gleich) 434,6 Mill. RM. Im Rechnungsjahr 1934 sind aus Steuerzahlungen zum erstenmal Steuergutscheine einschließlich Aufgeld angerechnet worden. Der angerechnet Beträg beträgt 299,2 Mill. RM.

Die großen Fünfmarkstücke werden eingezogen

NdZ./DNB. **Berlin**, 8. Juli. Eine Uebersicht des Reichsfinanzministers über die Münzprägung in den Monaten April bis Juni ergibt, daß an neuen Fünfmarkstücken bisher rund 364 Millionen Mark ausgeprägt worden sind. Mit dem Fortschreiten der Neuprägung werden die alten großen Fünfmarkstücke aus dem Verkehr gezogen. Bisher sind 173 Millionen Mark davon eingezogen. 588 Millionen sind immerhin noch im Verkehr. Von den silbernen Einmarkstücken sind nur noch 100 Millionen im Verkehr; die Neuprägung an Nickelstücken hat bereits 197 Millionen erreicht. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß von den alten Dreimarkstücken, die inzwischen völlig ungültig geworden sind, mehr als 8 Millionen Mark nicht eingewechselt wurden.

Ein katholischer Geistlicher verteilt marxistische Flugschriften

DNB. **Dresden**, 8. Juli. Die Polizei ist einer Gruppe von Personen auf die Spur gekommen, die sich dazu hergegeben haben, Material, das ihnen ein früherer SPD-Funktionär zustellte, zu verbreiten. In der Angelegenheit, die restlos geklärt werden konnte, mußten acht Personen in Haft genommen werden. Unter ihnen befanden sich zwei katholische Geistliche. Der frühere Marxist hatte vermutet, daß er in katholischen Kreisen willige Abnehmer für seine Hetzschriften finden werde, und geriet auf dieser Suche auch an Pfarrer Schwarz (Dresden-Johannstadt) und an Pfarrer Kenter (Dresden-Neustadt, Albertplatz). Es ist festgestellt worden, daß Kenter große Mengen solcher Hetzschriften erhalten hat, die er bereitwillig annahm und an katholische Kreise weitergab.

Das große Einmaleins

ROMAN VON HANNA PASSER

20. Fortsetzung

„Wie war der Name?" fragt Holzer rauh.

„Seydel ... Lucie Seydel", entgegnet Wieland und übersieht in seinem Eifer die seltsame Bestürzung des Alten. „Sie war Sekretärin bei Sanders, das heißt von Erich Sanders direkt ... hat ihre Anstellung durch das Fallissement des Hauses verloren. Sie ist überaus tüchtig, sehr gebildet und wäre sicherlich ein Gewinn für das Thornbüro."

„Ausgeschlossen!" fällt Holzer ihm brüsk in die Rede.

Befremdet bemerkt Wieland nun den jähen Wechsel in des Bürovorstehers Wesen zu aufgerührter Verstörtheit, hört erstaunt die ängstlich-unruhige Frage:

„Aber sagen Sie mir doch, wie kommen Sie eigentlich dazu, sich für Fräulein Seydel zu verwenden?"

Aus schwermütigen Altersaugen flimmert die Erregung, dabei liegt so viel Bitte in des Alten Ton, daß Wieland ihm kurz alles sagt, was über diesen Punkt zu sagen ist.

Als er geendet hat, herrscht minutenlanges Schweigen. Mit fahrigen Fingern zerpflückt Holzer die Menükarte.

Dann sucht er Wielands Blick, faßt ihn an den Händen und sagt eindringlich, beschwörend:

„Wieland, ich hab' Sie immer schon gemocht ... gewertet als äußerst fähigen Juristen, hab' Ihren Fleiß, ihren Ehrgeiz geschätzt ... an sich, sowie für unsere Kanzlei ... nun hab' ich Sie auch lieb als Mensch und wäre froh, wenn Sie meine Sympathie erwidern könnten.. Auch wenn ich Sie jetzt enttäuschen muß. Ich kann Fräulein Seydel nicht bei uns einstellen, wirklich nicht, leider, leider, so gern ich es selbst auch schon getan hätte, damals gleich, als das Unglück mit Sanders passierte. Bitte, glauben Sie mir, was Ihnen so gesagt, ohne nähere Erklärung, unbegreiflich erscheinen muß." Die ganze Art des Alten ist zwingend, aber Wieland wehrt sich dagegen.

Holzer, dem das nicht entgeht, fährt mit traurigem Lächeln fort: „Ich verlange da recht viel von Ihnen, nicht wahr? Und muß sogar noch mehr erbitten. Sagen Sie Fräulein Seydel nicht, in welcher Kanzlei Sie angestellt sind, verraten Sie ihr auch nie, daß Sie mich kennen."

„Ja, das ist denn aber doch reichlich..." will Wieland aufbegehren, allein Holzer spricht unbeirrt und mit erhöhter Eindringlichkeit weiter:

„Ich wünsche das alles ja nur in Fräulein Seydels Interesse, der ich in dieser schweren Zeit wenigstens Ihre, durch nichts beeinträchtigte, Freundschaft erhalten will, mein lieber Wieland."

Und als Entgegnung auf des anderen zweifelnden Blick und Geste bekräftigt er noch ausdrücklich: „Wenn Sie tun, was ich verlange, ersparen Sie Fräulein Seydel, die schon Kummer und Sorgen genug hat, unnötige Aufregungen. Ja, das ist so. Sie wollen dem Mädchen doch helfen, nicht wahr? Na also. Damit tun Sie es jedenfalls. Anders können Sie es nicht ... wenigstens zunächst nicht. Glauben Sie mir doch!"

„Sie kennen also Lucie Seydel, Herr Holzer?"

„Ja."

„Gut?"

„Ja."

„Demnach auch schon lange?"

„Seit ihrem ersten Lebenstag. Und ich will Ihnen auch noch von selbst sagen, daß ich ihr mindestens ebenso gern helfen möchte wie Sie, daß mich aber ein Verhängnis, eine unglückselige Verkettung von Umständen in diese Passivität drängt. Ich leide sehr darunter, Herr Wieland. Das können Sie alles ruhig wissen. Aber mehr dürfen Sie mich nun nicht fragen."

„Das heißt, Sie wollen mir nicht mehr sagen."

„Ich kann es nicht ... darf es nicht. Glauben Sie nicht, es sei Mangel an Vertrauen von meiner Seite! Es geht aber wirklich nicht!" So kummervoll sieht der Alte dabei drein, daß der Junge das Bedürfnis fühlt, zu trösten:

„Ich will Ihnen Ihre anscheinend nicht sehr einfache Lage bestimmt nicht erschweren, Herr Holzer."

„Das ist lieb, Herr Wieland. Vielen Dank. Und auf Ihr Schweigen darf ich mich also auch verlassen..."

* * *

Es wird Wieland nicht ganz leicht, das ihm so abgenommene Versprechen zu halten.

Ungewollt beschäftigt das irgendwie Geheimnisvolle um Lucie seine Gedanken in hohem Maße. Unwillkürlich steigert sich damit sein Interesse an dem in seiner herben Fügung so schönen Geschöpf.

Dazu gesellt sich ein tiefes Bedauern, Lucie nicht zu jener Anstellung im Thornbüro verhelfen zu können, die ihm zuerst so leicht erreichbar erschienen war. So einfach zu bewerkstelligen, daß er sich schon mit dem Gedanken getragen hatte, den Mädchen diese fertige, erfreuliche Tatsache als Sonntagsüberraschung aufzubauen.

So kommt es, daß er bei dem Ausflug nach Schildhorn, bei der Kahnpartie auf der Havel, in betonter Ritterlichkeit um Lucie bemüht ist.

Dieser Sonntag ist ein Tag von verheißungsvoller Schönheit. So wie ihn nur der Mai und selbst der nur in ganz besonderer Gebelaune schaffen kann.

Hellgrün die Büsche, junges Laub an den Bäumen, Blumensterne im niedrigen Gras der Wiese, seidig klar der Himmel, mit kleinen, schneeweißen Wolkenballen. Darüber zartglitzernde Sonnenreflexe.

Es ist das Wetter, das Wanda so heiß erwünscht hat.

Nur sie selbst, wie tritt sie bei all dem doch entschieden in den Hintergrund.

Zum erstenmal im Leben spürt sie einen feinen, leisen Schmerz darüber, daß sie es mit der glänzenden Freundin nicht aufnehmen kann, daß Lucie eben jedes andere weibliche Wesen in den Schatten stellt.

Natürlich, ohne es darauf abgesehen zu haben

Aber sie läßt es doch selbstverständlich gern geschehen, daß Wieland sie mit besonderer Aufmerksamkeit umgibt.

(Fortsetzung folgt.)